

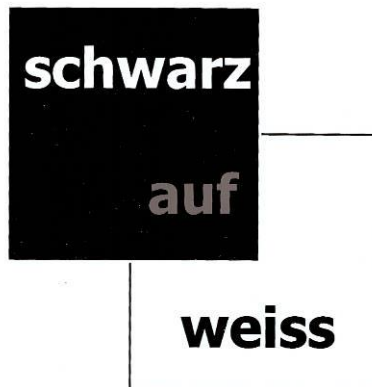
# **Rassismus in den USA**

**Déjà vu oder brauchen wir wirklich noch eine weitere Kommission?**

von

**Ulrike Rainer**

für



essayistisch | kritisch | divers

**[www.schwarz-auf-weiss.org](http://www.schwarz-auf-weiss.org)**

**online seit: 01.07.2020**

## Rassismus in den USA

### Déjà vu oder brauchen wir wirklich noch eine weitere Kommission?<sup>1</sup>

„Ein Riot ist die Sprache derer, denen niemand zuhört.“  
(Martin Luther King)

Wenn ich mir die Bilder anschau, überkommt mich ein Gefühl von Resignation, um nicht zu sagen von Hoffnungslosigkeit. Das hatten wir doch schon alles. Im Sommer 1965 unterzeichnete Präsident Lyndon B. Johnson den *Voting Rights Act*.



Watriots-policearrest

Ein paar Tage später stand Watts in Flammen. Der Zünder war eine massive Polizeiaktion wegen einer Kleinigkeit. Viertausend Menschen wurden verhaftet und vierunddreißig starben.

Damals sorgte die Polizei in Los Angeles effektiv dafür, dass Afro-Amerikaner keine Arbeit bekamen: Für eine geringfügige Verkehrssünde drohte Verhaftung und damit eine Anzeige. Der oder die Betroffenen waren nun vorbestraft und dadurch zu ewiger Arbeitslosigkeit verdammt. Zwei Jahre später blockierten tausende von Polizisten und National Guard Truppen einen großen

Teil Newarks. Und fast fünftausend Truppen der 82. und 101. Airborne wurden in Detroit eingesetzt. Siebentausend Menschen wurden verhaftet. Johnson tobte. Warum gerade jetzt, wenn er doch maßgebliche Gesetze verabschiedet hatte, die endlich auch den Afro-Amerikanern Rechte einräumten, die sie so vorher nie hatten? In solchen Fällen muss eine Kommission her. Otto Kerner, Jr., Gouverneur von Illinois, war ihr Vorstand. Um es gleich vorwegzunehmen, Johnson hat den umfangreichen Bericht nicht gelesen oder anerkannt. Kerner und die Mitglieder seiner Kommission kamen zu dem Schluss, dass ungezügelter Polizeigewalt, Arbeitslosigkeit und die Schwierigkeit an anständige Wohnungen zu kommen, die Wurzeln des Übels waren.

---

<sup>1</sup> Ich bin dem folgenden Artikel verpflichtet: Jill Lepore, „The Riot Report. What government commissions say about protests for racial justice.“ *The New Yorker*, 22. Juni 2020, S.24-29.

Vor ein paar Tagen hörte ich das letzte lebende Mitglied der Kerner Kommission, Fred Harris, im Radio. Er erzählte, wie gründlich die Gruppe arbeitete, wie sie den Finger in die Wunden legte und radikales politisches Handeln forderte. Von den vielen guten Vorschlägen, die sie erbrachten, wurde nichts umgesetzt. Harris ärgert sich noch heute, dass man darum kämpfen musste, das Wort „Rassismus“ überhaupt in den Bericht aufnehmen zu dürfen. Wie so viele solcher Gutachten verstaubt es in irgendeinem Archiv.

Das war nicht neu. Nach Unruhen in Harlem war eine fleißige Kommission 1935 schon zu den gleichen Schlüssen gekommen: Jahrzehnte der



Diskriminierung von Seiten der Polizei und von Arbeitgebern führten endlich zu einer Explosion der aufgestauten Wut. Wer war schuld? Eine Gesellschaft, die private und öffentliche Diskriminierung nicht nur tolerierte, sondern auch offen zur Schau stellen durfte.

Oder Detroit 1943: das Ergebnis von Protesten und Plünderungen waren fünfundzwanzig schwarze und neun weiße Tote. Ohne groß nachzuforschen, kam eine weitere Kommission zu dem Schluss, dass die Schuld bei den Schwarzen lag, obwohl es offensichtlich war, dass die meisten Opfer durch Polizeigewalt umkamen. Thurgood Marshall, später der erste Afro-Amerikaner im Obersten Gericht, widersprach in seinem Bericht „The Gestapo in Detroit“. Doch auch dieses Mal gab es keine wesentliche Verbesserung.

Am 1. Juni 2020 räumte die Polizei Lafayette Square in Washington, D.C., damit Präsident Trump ein lächerliches Foto vor einer Kirche zu seinen Propagandazwecken aufnehmen konnte. Die Ironie, dass diese Kirche zu einer der liberalsten überhaupt zählt, ist ihm scheinbar entgangen. Und wieder ertönt der Ruf nach einer



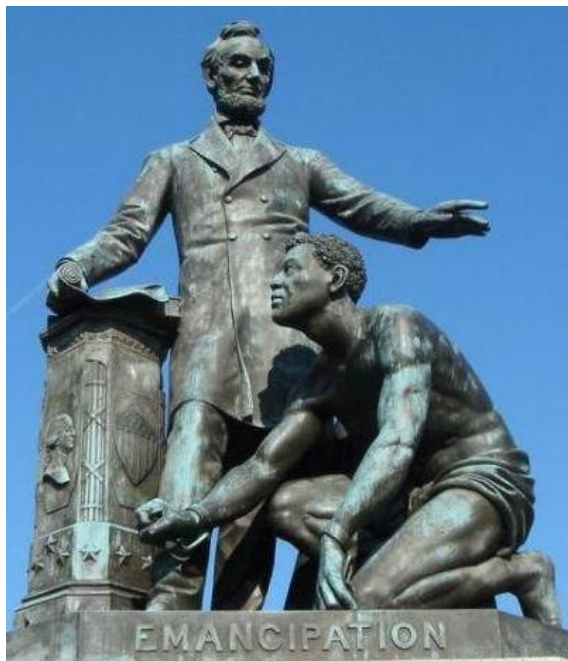
Kommission. Aber die USA braucht keine weiteren Berichte, die sich irgendwo stapeln. Die

Botschaft ist schon längst nicht mehr zu überhören: *Hört endlich auf, uns zu ermorden*. Wie sagte Martin Luther King: „Ein Riot ist die Sprache derer, denen niemand zuhört.“

Natürlich hat sich seit Kerner Einiges geändert, aber viel zu wenig. Ich wohnte zu der Zeit in New Haven, Connecticut, eine Stadt, durch die sich Gräben zogen: Sitz der ehrwürdigen Yale University mit zwei Slums ein paar Straßen weiter, Hill und Dixwell. Meine beste Freundin Rita war sehr im Civil Rights Movement engagiert. Durch sie lernte ich die *Commission on Equal Opportunities* kennen, auch sie ein von der Regierung eingeführtes Ressort. Es sollte Diskriminierung gegen Menschen dunkler Hautfarbe aufdecken und zur Anzeige bringen. Ich wurde ein sogenannter „Tester“. Das ging so: Eine Afro-Amerikanerin in meinem Alter und ähnlichen finanziellen Umständen sucht eine Wohnung. Man sagt ihr sofort, wenn sie zur Besichtigung erscheint, dass die Wohnung schon vergeben ist. Ich gehe dann hin, und, siehe da, ich könnte die Wohnung haben. Das ist, wenn man als Vermieter nicht selbst im Haus wohnt, illegal. Dann konfrontierten der Direktor des Ressorts und ich den Vermieter. Zuerst boten wir Mediation an. Die Reaktionen waren unterschiedlich. Meistens vermieteten sie dann eben, wenn auch zähneknirschend, an die Afro-Amerikanerin. Ab und zu wurden wir beschimpft und einmal sogar bedroht. Ähnlich waren die Fälle, in denen es um einen Arbeitsplatz ging. Zu Gerichtsverhandlungen kam es in den seltensten Fällen. Ich erzähle das nicht, um mich mit Lorbeeren zu schmücken, sondern um zu zeigen, dass es durchaus Gesetze gibt, die Diskriminierung verbieten, u.a. den *Fair Housing Act*. Eigentlich finde ich es furchtbar, dass man mit solchen Fallen Menschen überzeugen soll. Wohl war mir dabei nicht. Ich habe bis heute den Verdacht, dass wir kein einziges Herz umstimmen konnten. Aber vor Gericht wollte eben auch keiner.

Neu in dieser Runde von Protesten und Plünderungen ist, dass von Küste zu Küste Denkmäler dran glauben müssen. In Portland, Oregon, stürzte George Washington vom Sockel. In Raleigh, North Carolina, riss man die Figuren zweier Soldaten der Südstaaten aus einem größeren Relief. In San Francisco beschmierte jemand die Büste von Cervantes. Wegen des Namens muss er wohl einer der bösen Eroberer gewesen sein. Der Bürgerkrieg wird noch einmal ausgefochten, aber die Gefallenen sind jetzt aus Bronze oder Stein. Es stimmt, viele der Denkmäler im Süden

verherrlichen Generäle und Politiker, um den Mythos „der verlorenen Sache“ (*The Lost Cause*) zu pflegen, jenen Mythos, der einen Süden voller galanter Männer und reizender Frauen zeigt, in dem das Leid der Sklaven keine Rolle spielt. Ich halte nichts von Bilderstürmerei. Viele der Aktionen arteten aus. Die Teilnehmer waren nur mehr an der bloßen Zerstörung interessiert. Es wäre mir lieber, man würde diese Figuren in ihre Zusammenhänge stellen und sie so pädagogisch nutzen. Die Geschichte eines der Denkmäler zeigt, wie sich die Gemüter teilen können. Im Lincoln Park in Washington gibt es diese Statue:



Auch sie wollte man stürzen. Sie wurde 1872 von befreiten Sklaven in Auftrag gegeben und bezahlt. Ältere Schwarze sind empört, weil jüngere sie entfernen wollen. Die jungen Menschen finden sie zu paternalistisch. Wer hat nun recht?